

Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine der Landeselternvertretung für Kindertages- einrichtungen und Kindertagespflege Hessen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- 1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Familien zu gewährleisten? Planen Sie besondere Maßnahmen, um armutsgefährdete Familien zu unterstützen?**

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern auch unsere Gegenwart. Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik stellen und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne bringen. Unser Land muss attraktiv und lebenswert bleiben, damit Familien sich hier wohlfühlen und die Entscheidung für Kinder leichter fällt: Familienfreundliche Angebote, verlässliche Kinderbetreuung, und passgenaue Unterstützung sind unser Leitmotiv.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und echte Wahlfreiheit ist dabei unser Leitmotiv. Eltern brauchen im Alltag mehr Zeitflexibilität. Gemeinsam mit Sozialpartnern und Unternehmen wollen wir uns dafür einsetzen, dass Arbeitszeiten flexibler gehandhabt werden können, um zu gewährleisten, dass Eltern Zeit für die Familie und die Betreuung der Kinder haben und gleichzeitig den Anforderungen des Berufs gerecht werden können. Deshalb wollen wir mehr digitales, orts- und zeitunabhängiges Arbeiten ermöglichen. Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen prüfen, um flexible Arbeitszeitmodelle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ermöglichen zu können. Auch werden wir uns für eine Verstetigung der in den letzten Jahren vorgenommenen Erweiterung der Anerkennung von Kinderkrankentagen

einsetzen und wollen die Rechtslage bei Beamten und Angestellten vereinheitlichen. Die Situation von Alleinerziehenden haben wir dabei besonders im Blick. Wir wollen uns z.B. auf Bundesebene dafür einsetzen, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro zu erhöhen.

Ein weiteres zentrales Thema wird die Kinderbetreuung sein. Ohne diese ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht möglich. Hierzu werden wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten noch weiter ausbauen. Die Lebenswirklichkeiten der Menschen sind verschieden. Dem wollen wir mit Respekt und passgenauen Angeboten begegnen.

Zur echten Wahlfreiheit gehört es für uns, jedem Kind, dessen Eltern dies wünschen, einen angemessenen, wohnortnah erreichbaren und qualitativ guten Betreuungsplatz bereit zu stellen. Um dies zu gewährleisten, muss das Betreuungsangebot in allen Bereichen ausgebaut werden. Neben den bewährten Einrichtungen in kommunaler, freier und kirchlicher Trägerschaft wollen wir auch die Betreuungsangebote durch Arbeitgeber ausbauen. Das Land wird hier mit gutem Beispiel vorangehen. Um die Eröffnung neuer Betriebskindertagesstätten zu unterstützen, streben wir eine Rahmenvereinbarung an, an der das Land, die kommunale Familie und die Arbeitgeberverbände beteiligt sind, um einen gerechten Ausgleich zwischen den Kostenträgern zu erzielen. Zudem werden wir die Kommunen mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Wir streben dafür die Fortsetzung des Landeskitainvestitionsprogramms an und werden dafür weitere Mittel zur Verfügung stellen. Über das Baurecht werden wir überdies Möglichkeiten für den schnelleren Bau von Kindertagesstätten schaffen. Die Betreuung der Kleinsten in den Familien, durch Tagespflegepersonen, in Krippe und Kita sind gleichwertig und müssen daher auch gleiche Anerkennung finden.

Zur Finanzierung der Kinderbetreuungskosten wird die Konnexität durch den Bund eingefordert. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit den Kommunen eine langfristige Finanzierungsstrategie für die Betreuungskosten erarbeiten. Insbesondere fordern wir vom Bund, den Ländern die Mittel aus dem sog. „Gute-Kita-Gesetz“ dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

In Unterstützung der Kommunen prüfen wir die Einführung eines landesweiten digitalen Kita- und Tagespflegeplatz-Managements. Dies soll die Kinder noch zielgenauer zu den Plätzen bringen und damit auch zur Entlastung für Eltern führen, die einen Kitaplatz für ihre Kinder suchen.

Wir werden neben dem Ausbau der Kindertagesstätten eine „Tageseltern-Offensive“ als gleichberechtigtes Betreuungsmodell ausbauen. Dies ist besonders wichtig, denn Tagespflegekräfte können flexible Betreuungsmodelle anbieten und Randstunden abdecken, was insbesondere für Alleinerziehende oder Menschen im Schichtdienst wichtig ist.

Wir werden die Kommunen und Träger zudem in ihren Anstrengungen zur Sicherstellung des wachsenden Fachkräftebedarfs unterstützen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2028 10.000 neue Erzieherinnen und Erzieher für Hessen zu gewinnen. Wir schmieden dafür gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt für Personalgewinnung und -entwicklung und wollen unter anderem durch gute Arbeitsbedingungen Anreize schaffen.

Dazu gehören für uns insbesondere folgende Maßnahmen:

- Wir starten eine Anerkennungsoffensive für eine verlässliche und qualitativ gute Betreuung.
- Das erfolgreiche PivA-Förderprogramm einer dualisierten vergüteten Ausbildung für Erzieher weiten wir deutlich aus.
- Wir steigern die Zahl der Ausbildungsplätze an den Erzieherfachschulen und schaffen die Schulgelder an privaten Erzieherfachschulen ab.
- Die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern aus dem Ausland muss intensiviert und ausländische Abschlüsse schneller und unbürokratisch anerkannt werden.
- Tagespflegepersonen soll nach entsprechender Weiterbildung ermöglicht werden, in den Kita-Bereich zu wechseln.
- Wir wollen den Quereinstieg in den Beruf des und die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher leichter ermöglichen.

- Wir bieten ein berufsbegleitendes Bachelor-Studium für den Bereich Erziehung an, um bessere berufsbegleitende Angebote für sozialpädagogische Assistenten zu schaffen.
- Wir werden zur Entlastung der Fachkräfte ein Förderprogramm für Assistenzkräfte in Verwaltung und Betreuung auflegen, die teilweise auf den Fachkraftschlüssel angerechnet werden können.
- Wir schaffen mehr Möglichkeiten für die Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher durch gemischte Teams, sogenannte "Löwen-Teams". Dazu können beispielsweise Studierende entsprechender Fachrichtungen, im Ruhestand befindliche Erzieherinnen und Erzieher oder auch ehrenamtlich engagierte Helferinnen und Helfer zählen.

Durch diese Vielzahl von Maßnahmen wollen wir die Kommunen in die Lage versetzen, ausreichende und passgenaue Betreuungsangebote zu schaffen.

Auch finanziell wollen wir Familien entlasten, indem wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen werden, die Kinderbetreuungskosten bis zu 6000 Euro steuerlich absetzbar zu machen.

Neben diesen Maßnahmen für alle Familien in Hessen werden wir finanziell schlechter gestellte besonders Familien unterstützen. Die CDU Hessen steht für gleiche Chancen und beste Rahmenbedingungen für jedes Kind. Kein Kind soll in Sorge vor Armut oder mit durch Armut verursachten Entbehrungen aufwachsen müssen. Es ist eine zentrale Aufgabe der gesamten Gesellschaft, jede Familie in die Lage zu versetzen, Kindern bestmögliche Chancen zu eröffnen. Dieses Ziel ist leider trotz vielfältiger Maßnahmen auch in Hessen noch nicht vollständig erreicht.

Wir sagen der Kinderarmut deshalb weiter den Kampf an. Es gibt dabei nicht den einen Lösungsansatz. Die Herausforderungen sind vielfältig und bedürfen vielfältiger und individueller Lösungen.

Um verschiedene Handlungsstränge zu bündeln und zu koordinieren, werden wir ein eigenes Programm zum "Kampf gegen Kinderarmut" auflegen; vor allem, falls der Bund in diesem Bereich die angekündigten Antworten weiter

schuldig bleibt. Die angekündigte Kindergrundsicherung auf Bundesebene wird diesem Anspruch nicht gerecht, auch wenn wir Teile der Vorschläge unterstützen.

Wesentliche Bausteine unserer ergänzenden Maßnahmen in Hessen sind dabei:

- Der vor einigen Jahren durch eine CDU-geführte Bundesregierung im Rahmen des umfassenden Bildungs- und Teilhabepakets eingeführte Kinderzuschlag hat wichtige Chancen und Zugänge für viele Kinder aus einkommensschwachen Familien eröffnet. Allerdings sind der Zugang und die bürokratischen Hürden offensichtlich für viele Familien weiterhin ein Problem, sodass die finanziellen Leistungsangebote die Kinder nicht im erforderlichen Umfang erreichen. Insbesondere erwarten wir daher, dass die Bundesregierung bedürftigen Kindern durch Bündelung und Vereinfachungen einen leichteren Zugang zu Förder- und Unterstützungsangeboten verschafft, damit sich jedes Kind sorgenfrei entwickeln und an unserer Gesellschaft teilhaben kann.
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro zu erhöhen und die Kinderbetreuungskosten bis zu 6000 Euro steuerlich absetzbar zu machen.
- In Hessen wollen wir diese Maßnahmen zusätzlich flankieren und erweitern, um gleiche Startchancen für jedes Kind zu schaffen. Dazu schaffen wir zusätzliche Angebote für Kinder, die ihnen eine umfassende Teilhabe ermöglichen sollen. Mit dem Schülerticket haben wir den ÖPNV allen Schülerinnen und Schülern preiswert zugänglich gemacht. Wir setzen uns dafür ein, dieses Ticket gemeinsam mit den Schulträgern zu einem vollständig kostenlosen Schüler-Ticket für alle Kinder weiterzuentwickeln.
- Wir wollen außerdem Kinder in die Sportvereine bringen und auch dabei finanzielle Hürden abbauen. Mit einem Programm „Kinder in den Sportverein („Kids“) wollen wir für jedes Kind in Hessen die Mitgliedschaft in einem selbst gewählten hessischen Sportverein in den

ersten zwei Jahren übernehmen. In landeseigenen Kultureinrichtungen wollen wir Eintrittsgelder für Kinder unter 6 Jahren vollständig abschaffen und für alle Familien preisgünstige Familientickets ohne Begrenzung der Kinderzahl einführen.

- Zusätzlich werden wir durch die Erhöhung des bundesweit einmaligen hessischen Sozialbudgets und die Weiterentwicklung zu einem Fond „Hessen steht zusammen“ Angebote für Familien wie die Familienzentren oder die Familienkarte weiter ausbauen. So schaffen wir dezentrale, passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.
- Darüber hinaus werden wir auch weiterhin die Kommunen mit dem Landesprogramm „Präventionsketten in Hessen“ dabei unterstützen, ganzheitliche und vor allem passgenaue Präventionskonzepte für Kinder und Familien zu entwickeln.
- Kindereichtum darf nicht zu einem Armutsrisiko werden. Wir wollen daher kinderreiche Familien als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen verstärkt berücksichtigen. Insbesondere wollen wir, dass familienpolitische Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl gestaffelt werden. Dazu gehört aus unserer Sicht auch das Wohngeld.

Zentral für die Bekämpfung von Kinderarmut ist für uns neben den genannten direkten finanziellen Unterstützungsangeboten das Ziel, Eltern in Arbeit zu bringen. Ein guter und verlässlicher Arbeitsplatz ist und bleibt die beste Versicherung gegen Armutsrisiken. Wir treiben daher die Agenda „Kein Kind in Armut – Für Eltern in Arbeit“ voran. Wir richten unsere Arbeitsmarktprogramme am Ziel aus, Eltern ohne Arbeit gezielt zu fördern und den Einstieg in Arbeit zu erleichtern. Das Land führt dazu zahlreiche strukturelle Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration durch, schafft Bildungs- und Ausbildungsangebote und setzt Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf um. Die Anrechnung von Gehältern auf Sozialleistungen muss so angepasst werden, dass echte Anreize für Beschäftigung bestehen, damit ggf. auch durch eine

Kombination von Bürgergeld und Aufstockung ein armutsfestes Leben und gute Chancen für die Kinder gesichert werden.

2. Wie wollen Sie künftig sicherstellen, dass die Finanzkraft der Wohnortgemeinde nicht ausschlaggebend für die Teilhabe von Kindern an frühkindlichen Bildungsangeboten ist? Welche Partizipationsmöglichkeiten sollten Eltern in Bezug auf diese Thematik Ihrer Meinung nach haben und wie werden Sie diese realisieren?

Für die Kinderbetreuung sind die Kommunen im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Selbstverwaltung zuständig. Sie entscheiden damit grundsätzlich auch über die Höhe der Elternbeiträge. Die überwiegende Zahl der Kommunen geht sehr verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe um. Auf kommunaler Ebene setzen sich Vertreter der CDU Hessen regelmäßig für möglichst geringe Beiträge und eine Berücksichtigung der sozialen Situation der Eltern bei der Beitragsstaffelung ein. In den kommunalen Gremien besteht zudem in der Regel die Möglichkeit, sich direkt und unmittelbar einzubringen. Damit ist aus unserer Sicht in aller Regel sichergestellt, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von der Kinderbetreuung ausgeschlossen wird.

Trotz dieser rein kommunalen Verantwortlichkeit bringen wir uns auch als Land ein. Die CDU-geführte Landesregierung hat hierbei 2018 für eine erhebliche Entlastung gesorgt. Denn seit dem Kindergartenjahr 2018/2019 unterstützt das Land auf Initiative der CDU hin die für die Kinderbetreuung zuständigen Städte und Kommunen bei ihrer Aufgabe immens mit Landesmitteln, damit sie die Betreuung im Kindergarten für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt täglich für sechs Stunden beitragsfrei stellen können.

Dafür zahlt das Land jährlich fast 400 Millionen Euro an die Kommunen. Mit diesem Beitrag entlastet das Land Eltern und Familien um bis zu 5000 Euro in drei Kindergartenjahren.

Auch unterstützt das Land die Kommunen über Zuschüsse zu den Betriebskosten von Tageseinrichtungen. Die Pauschalen pro Kind wurde zuletzt um durchschnittlich 40 % erhöht.

Vor allem für diese Maßnahmen stehen – ohne Einschränkung der kommunalen Zuständigkeit und Verantwortung – allein im Doppelhaushalt der Jahre 2023 und 2024 über 2,46 Mrd. € aus Mitteln des Landes für die Unterstützung der Kinderbetreuung bereit.

Aber trotz dieser enormen finanziellen Kraftanstrengung ist uns bewusst, dass darüber hinaus noch weitere Kosten für Kommunen und Eltern entstehen, die sowohl für die Kommunen als auch für viele Eltern eine Belastung darstellen können. Wir teilen daher das Ziel der Beitragsfreiheit, wenn sie finanzierbar ist. Wenn durch Nachverhandlungen im Länderfinanzausgleich zusätzliche Mittel in Hessen verbleiben, streben wir an, die Kinderbetreuung in allen Betreuungsformen über die bereits erfolgte Beitragsfreistellung von 6 Stunden am Tag hinaus umfassend für alle Kinder kostenlos zu machen.

Bis dies erfolgen kann, werden wir uns dafür einsetzen, dass Kinderbetreuungskosten bis zu 6000 steuerlich absetzbar sind.

3. Planen Sie diese Daten künftig zentral und einheitlich für das Land Hessen zu erheben?

Die Verantwortung liegt bei den Kommunen. Bisher haben wir landespolitisch kein Erkenntnisdefizit festgestellt. Wir werden aber prüfen und mit der kommunalen Familie beraten, ob eine einheitliche Datenerhebung einen Mehrwert darstellen kann.

Diversität, Inklusion und Chancengerechtigkeit

1. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf den Weg bringen, um auch Kindern mit spezifischen Bedürfnissen einen Zugang zur frühkindlichen Bildung zu gewähren, der ihren und den Bedürfnissen der Familien tatsächlich entspricht?

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen – von der Kinderbetreuung über Schule und Ausbildung bis zum Berufsleben und im Alltag – bleibt ein zentrales Anliegen der CDU Hessen. Wir richten dieses Ziel an den individuellen Bedürfnissen des betroffenen Menschen aus und wollen daher passgenaue und individuell zugeschnittene Lösungen finden.

Für die Ausgestaltung der Frühförderung ist, wie auch für die Kinderbetreuung an sich, die kommunale Ebene zuständig. Das Land fördert die Frühförderstellen in Hessen in Form freiwilliger Leistungen und im Rahmen der Kommunalisierung sozialer Hilfen.

Um die Situation für Kinder mit spezifischen Bedürfnissen und deren Eltern zu verbessern, werden wir den hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der neuen Legislaturperiode weiterentwickeln und neu auflegen. Dabei nehmen wir alle Aspekte in den Blick, bei denen Menschen mit Behinderungen die besondere Aufmerksamkeit der Gesellschaft benötigen. So auch den Bereich Kinderbetreuung und werden hier nach bestmöglichen Lösungen suchen.

2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den ressourcenorientierten Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität und Mehrsprachigkeit in der KiTa zu fördern?

Die Integration von Menschen aus allen Teilen der Welt, die hier eine Bleibeperspektive haben, ist eine politische Schlüsselaufgabe und Voraussetzung für unser Zusammenleben. Sie ist gleichermaßen Pflicht für die Aufnahmegesellschaft wie für die zu uns kommenden Menschen. Wir

machen jedem Menschen das Angebot, in Hessen eine Heimat zu finden. Das gilt in besonderem Maße für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die wir von klein auf optimal integrieren wollen.

Wir sind überzeugt, dass eine erfolgreiche Integration die Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland erfordert. Denn um jedem Kind gerechte Startchancen in unser Bildungssystem zu bieten und den Eingang in die Schule zu erleichtern, müssen bestimmte Fähigkeiten – insbesondere die deutsche Sprache – beherrscht werden. Jedes Kind soll von Anfang an mitreden können. Deswegen ist weiterhin die systematische Deutschförderung in allen Bildungsstufen unerlässlich.

Mit der Pauschale für Schwerpunkt-Kitas unterstützt das Land bereits jetzt gezielt Kindertageseinrichtungen mit hohem Anteil von Kindern aus Familien, in denen vorwiegend nicht deutsch gesprochen wird, und/oder aus einkommensschwächeren Familien. Diese Mittel können u.a. für die Unterstützung der Sprachförderung der Kinder in der Tageseinrichtung eingesetzt werden. Zusätzlich erhält der Einrichtungsträger auch eine Pauschale für eine Fachberatung, die zur Umsetzung der Maßnahmen berät.

Darüber hinaus wollen wir die Sprachscreenings und Deutschförderung in Kindertagesstätten auf ganz Hessen erweitern bzw. verpflichtend machen. Um gleiche Chancen für alle Kinder sicherzustellen, wird im letzten Jahr vor der Einschulung der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung obligatorisch. Kindern mit besonderem Förderbedarf werden in verpflichtenden Vorlaufkursen die nötigen Grundlagen vor dem Start in die Grundschule vermittelt.

Partizipation und Kinderschutz

- 1. Welche zusätzlichen Maßnahmen werden Sie ergreifen, um pädagogisches Fehlverhalten in Kitas (1) überhaupt zu bemerken, (2) systematisch zu dokumentieren, (3) dieses**

zukünftig zu unterbinden bzw. Gewalt in KiTas präventiv entgegenzuwirken und (4) Transparenz für Eltern hinsichtlich der Qualität von KiTas herzustellen? Sind neben den bestehenden punktuellen Qualitätskontrollen in unseren KiTas systematische und flächendeckende Qualitätskontrollen geplant, um sicherzustellen, dass die Rechte unserer Kinder gewahrt werden? Wenn ja, werden diese Ergebnisse den Eltern zugänglich gemacht und auf welchem Wege?

Gewalt gegen Kinder ist nicht akzeptabel. Für uns als CDU gehört der Kampf gegen Vernachlässigung, psychische und physische Gewalt und (sexuellen) Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten Aufgaben und Anliegen. Wir verurteilen zutiefst jegliche Art von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.

Wir sind überzeugt davon, dass die überwiegende Mehrzahl von Kitas in Hessen und deren Personal hervorragende Arbeit leistet und alles daran setzen den Kindern einen Ort zu bieten in dem sie geschützt und behütet sind. Zu diesem Zweck sind Träger und ihre Einrichtungen dazu verpflichtet, ein Gewaltschutzkonzept zu entwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Leider finden schwarze Schafe immer wieder Möglichkeiten durch dieses Netz zu schlüpfen.

Die Entwicklung des Landesaktionsplans gegen häusliche Gewalt und auch der Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt waren wichtige Schritte in Hessen im Kampf gegen Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen, den wir als CDU Hessen vorangetrieben haben. Diesen Prozess setzen wir stetig fort. So wurde erst vor kurzem der Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt von einem Expertengremium novelliert und veröffentlicht. Mit diesem liegen umfassende Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen vor, die wir als CDU in der neuen Legislaturperiode als Leitlinie unseres Handelns sehen, um Kinder und

Jugendliche vor (sexueller) Gewalt u.a. in Institutionen wie Kinderbetreuungseinrichtungen zu schützen.

Für elementar halten wir es, dass wir Kinder stark machen. Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren in Hessen (BEP) weiterentwickeln. Institutionenübergreifendes pädagogisches Handeln, mit dem Kindern auf Augenhöhe gegenübergetreten wird, stärkt Kinder in der Wahrnehmung und Nutzung ihrer Stärken, Kompetenzen und Rechte. Kinder müssen umfänglich über ihre Rechte aufgeklärt werden. Sie müssen wissen, dass ihr Körper ihnen gehört und Gewalt oder Missbrauch nicht „normal“ sind. Die (rechtlichen) Grenzen des Handelns von Erwachsenen gegenüber Kindern, insbesondere gegenüber Schutzbefohlenen, müssen niedrigschwellig vermittelt werden. Kindern muss bewusstgemacht werden, dass sie zu jeder Zeit „Nein“ sagen und sich Hilfe holen können.

Auch müssen wir die Aufmerksamkeit von Erwachsenen erhöhen und Ansprechpartner bekannt machen. Durchschnittlich muss ein Kind, das Gewalt erfährt, aktiv sieben Erwachsene ansprechen, bis ihm geholfen wird. Das können und werden wir nicht hinnehmen. Wir sind uns sehr bewusst, dass ein falscher Verdacht schwerwiegende Folgen für zu Unrecht Beschuldigte hat. Kindern kein Gehör zu schenken, führt aber zwangsläufig zum Wegsehen. Auch können wir nicht von den Schwächsten unserer Gesellschaft verlangen, dass sie als Opfer selbst – zum Teil mehrfach – auf ihr Schicksal hinweisen müssen. Daher sehen wir es als besonders wichtig an, dass Erwachsene, die mit Kindern arbeiten – sei es in der Kita, Schule oder Freizeit – Anzeichen von Gewalt, Vernachlässigung und Missbrauch erkennen und wissen was zu tun ist oder zumindest, wohin sie sich bei einem Verdacht wenden können. Wir halten eine Pflicht zur Meldung von Verdachtsfällen der Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung in allen Institutionen (v.a. auch in den Schulen), in denen mit Kindern gearbeitet wird, für notwendig. Personen, die mit Kindern arbeiten, werden wir zudem einen Leitfaden an die Hand geben, um den Umgang mit begründeten Verdachtsfällen zu optimieren.

Neben den präventiven Maßnahmen stehen wir als CDU auch für eine schnelle und konsequente Strafverfolgung der Täter und Täterinnen. Kinderschutz ist eine dauerhafte, gesamtgesellschaftliche Aufgabe und hat für uns höchste Priorität. Unser Ziel muss es sein, die Hilfesysteme für die Betroffenen auszubauen, die Ermittlungstätigkeiten zu stärken, konsequente Strafverfolgung zu ermöglichen und Präventionsangebote zu erweitern und zu intensivieren.

Daneben wollen wir ein interdisziplinäres Kompetenzzentrum Kinderschutz schaffen, das der Qualifizierung von Familienrichtern, Sozialarbeitern, Medizinerinnen und anderem Fachpersonal dient und gleichzeitig auch Ort der Forschung zum Thema Kinderschutz ist.

Fachkräfte

- 1. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die Arbeitsbelastung unserer Fachkräfte durch die Öffnung des Katalogs sicherzustellen? Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren und die Arbeitszufriedenheit zu steigern?**
- 2. Werden Sie sicherstellen, dass der Prozess bei der Entstehung sogenannter „multiprofessioneller Teams“ von Anfang an verpflichtend und durch professionelle Anbieter begleitet wird (z.B. durch verpflichtendes Leitungs- und Teamcoaching)? Wie stellen Sie sicher, dass hierfür ausreichend Kapazitäten und finanzielle Mittel für jede KiTa zur Verfügung stehen?**

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Jedes Kind hat einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Wir wollen die Kommunen unterstützen, dem noch besser gerecht zu werden. Dafür muss das Angebot weiter ausgebaut werden. Der bundesweite Mangel an

Erzieherinnen und Erziehern ist auch in den hessischen Kommunen der Flaschenhals beim Ausbau des Betreuungsangebots.

Wir werden die Kommunen und Träger in ihren Anstrengungen zur Sicherstellung des wachsenden Fachkräftebedarfs unterstützen und schmieden gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt für Personalgewinnung und -entwicklung. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2028 10.000 neue Erzieherinnen und Erzieher für Hessen zu gewinnen.

Die Fachkräfteoffensive „Erzieherinnen und Erzieher“ setzen wir fort und intensivieren insbesondere folgende Maßnahmen:

- Wir starten eine Anerkennungs-offensive für eine verlässliche und qualitativ gute Betreuung
- Das erfolgreiche PivA-Förderprogramm einer dualisierten vergüteten Ausbildung für Erzieher weiten wir aus.
- Wir steigern die Zahl der Ausbildungsplätze an den Erzieherfachschulen.
- Die Schulgelder an privaten Erzieherfachschulen schaffen wir ab.
- Die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern aus dem Ausland wird intensiviert.
- Ausländische Abschlüsse werden wir schneller und unbürokratischer anerkennen.
- Tagespflegepersonen soll nach entsprechender Weiterbildung ermöglicht werden, in den Kita-Bereich zu wechseln.
- Wir wollen den Quereinstieg in den Beruf des und die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher leichter ermöglichen.
- Wir bieten ein berufsbegleitendes Bachelor-Studium für den Bereich Erziehung an, um bessere berufsbegleitende Angebote für sozialpädagogische Assistenten zu schaffen.

Erzieherinnen und Erzieher leisten großartige und unverzichtbare Arbeit für unsere Kleinsten. Gut ausgebildete Fachkräfte müssen daher auch in Zukunft im Mittelpunkt der Bildungs- und Betreuungsarbeit stehen. Mit dem Ziel von

mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort schaffen wir dafür auch mehr Möglichkeiten für die Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher durch gemischte Teams, sogenannte „Löwen-Teams“. Ziel der Öffnung des Fachkraftkatalogs ist es die Fachkräfte in den Kitas zu entlasten. Durch multiprofessionelle Teams können sich die Fachkräfte auf ihre wertvolle pädagogische Arbeit konzentrieren, während die Kräfte zur Mitarbeit anderweitige Aufgaben übernehmen. Dies führt zu einer Entlastung und damit automatisch auch zu einem besseren Arbeitsumfeld. Wir sind uns dabei durchaus bewusst, dass es Herausforderungen zu meistern gilt. Hier unterstützen wir die Kitas, indem wir das Landesprogramm „Starke Teams, starke Kitas“ mit einem Mittelvolumen von rund 100 Millionen € ins Leben rufen. Hieraus bekommen Kitas ein nach Kita-Größe gestaffeltes Einrichtungsbudget zur Verfügung, das sie für Maßnahmen aus einem zusammen mit ihnen entwickelten Katalog einsetzen können. Die Träger und die Kita-Teams können die Maßnahmen selbst auswählen, die für ihre spezifische Situation vor Ort hilfreich sind. Maßnahmen könnten beispielsweise folgende sein: Entlastung durch Digitalisierung sowie personelle Unterstützung im Bereich Hauswirtschaft und Verwaltung, Stärkung und Ausbau von Fachberatung, gesundheitsfördernde Maßnahmen, Stärkung der Leitung z.B. durch gezielte Fortbildung zu multiprofessionellen Teams, Leitung coaching, Förderung der Teamentwicklung.

3. Wie wird sich die Evaluation der Auswirkungen der Öffnung des Fachkräftekatalogs gestalten?

Eine Evaluation der Öffnung findet regelmäßig, spätestens zu Beginn eines neuen Gesetzesverfahrens, statt.

4. Planen Sie, zeitnah ein Qualifizierungssystem aufzubauen, in dem nicht einschlägig Qualifizierte systematisch in Richtung der staatlich anerkannten Abschlüsse qualifiziert werden?

Ja. Wir wollen das aktuell bestehende Qualifizierungssystem, in dem sich Interessierte bereits jetzt schon auf den verschiedensten Wegen zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. Erzieher weiterbilden können, ausweiten.

Perspektivisch wollen wir den Quereinstieg in den Beruf des und die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher leichter ermöglichen. Darüber hinaus soll Tagespflegepersonen nach entsprechender Weiterbildung ermöglicht werden, in den Kita-Bereich zu wechseln.

5. Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um mittel- und langfristig qualifiziertes Personal zu gewinnen und bestehendes Personal zu halten?

Auf die Antwort auf Frage 1 und 2 wird verwiesen.

Elternbeteiligung

1. Wie werden Sie die KiTa-LEV konkret dabei unterstützen, diese fehlenden Strukturen zeitnah aufzubauen? Beantragen Sie derzeit die Gründung von Gemeinde- und Kreis Elternvertretungen und wenn ja, in welchen Gemeinden und Kreisen? Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der KiTa-LEV vor?

Um derartige Strukturen aufzubauen, wurde unter Beteiligung der CDU-geführten Landesregierung 2017 die LAG KitaEltern Hessen gegründet, die sich gezielt der die Weiterentwicklung der Elternbeteiligung widmen sollte.

Hierzu wurde dem Verein 2018 die vom Land finanzierte „Servicestelle KitaEltern Hessen“ an die Seite gestellt. Diese Servicestelle ist nach Gründung der KiTa-LEV in deren Geschäftsstelle übergegangen und wird sich weiterhin dem Ziel widmen, den Aufbau von Elternbeteiligungsstrukturen auf kommunaler Ebene zu fördern.

Der Aufbau von Elternbeteiligungsstrukturen liegt grundsätzlich in der Hand der kommunalen Akteure, auf die wir auf Grund der kommunalen Selbstverwaltung keinen Einfluss haben.

Allerdings haben wir mit unserem Gesetz und der entsprechenden Verordnung Kommunen Handlungsleitfäden an die Hand gegeben, in der Hoffnung, dass sich nach und nach immer mehr Elternvertretungen etablieren. Hierbei ist auch das Engagement der Eltern selbst gefragt.

Wir haben uns für die Etablierung einer KiTa-LEV eingesetzt, damit Eltern mit Kindern in Kita und Tagespflege eine Stimme auf Landesebene erhalten und dies in der Landesregierung durchgesetzt. Die Landeselternvertretung soll in allen wesentlichen Angelegenheiten betreffend die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern informiert und angehört werden und in den entsprechenden Gremien mitsprechen können. Ganz konkret werden wir diese z.B. als Anzuhörende in Gesetzesverfahren laden.

Wir freuen uns darauf jetzt mit der Landeselternvertretung einen zentralen Ansprechpartner für die Belange von Eltern mit Kindern in Betreuungsverhältnissen zu haben. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es für Eltern mit Kindern in Kita und Tagespflege ist, ein gemeinsames Sprachrohr zu haben.